Sitzungsvorlage

Beratungsfolge	Öffentlichkeits- status	Aufgabe
Ausschuss für Schulen und Kindertagesstätten	öffentlich	Vorberatung
Samtgemeindeausschuss	nicht öffentlich	Vorberatung
Samtgemeinderat Schöppenstedt	öffentlich	Entscheidung

Betr.: Fortbestand der Grundschule Winnigstedt

Beschlussvorschlag:

Der Bestand der Grundschule Winnigstedt bleibt - unter der Voraussetzung der weiterhin bestehenden gesetzlichen Zulässigkeit sowie Betriebskostensenkungen und einer Beteiligung Dritter an den Trägerschaftskosten in Höhe von zusammen mind. 35.000 € spätestens ab 01.01.2015 - unberührt.

Berichterstatter: Herr Bauch

Begründung:

1. Die Samtgemeinde Schöppenstedt ist Träger der Grundschulen Schöppenstedt und Winnigstedt. Aufgrund akuter Raumknappheit in der Grundschule Schöppenstedt wurde im Jahre 1999 die Gemeinde Uehrde dem Schulbezirk der Grundschule Winnigstedt zugeordnet. Damals weiterhin steigende Schülerzahlen führten im Jahre 2001 zu einer baulichen Erweiterung der Grundschule Winnigstedt.

Inzwischen sind die Geburten- und damit Einschulungszahlen im gesamten Samtgemeindegebiet stark rückläufig. Die Schülerinnen und Schüler beider Grundschulen könnten heute problemlos in der Grundschule Schöppenstedt beschult werden (s. Anlage).

Mit dem im Rahmen der Fusion der Samtgemeinden Schöppenstedt und Asse abgeschlossenen Zukunftsvertrag haben sich beide Samtgemeinden verpflichtet, durch Optimierung/Reduzierung der Schulstandorte spätestens ab 2015 zu einer Einsparsumme von 70.000 € zu gelangen. Beide Samtgemeinden sind sich einig, dass je Samtgemeinde 35.000 € einzubringen sind. Für

die Samtgemeinde Schöppenstedt entspricht dieser Betrag den jährlichen Nettobetriebskosten der Grundschule Winnigstedt (unter Fortzahlung von Mindestbetriebskosten eines leer stehenden Schulgebäude).

2. Verständlicherweise setzt sich die Gemeinde Winnigstedt mit Nachdruck dafür ein, dass es nicht zu einer Aufgabe des Schulstandortes Winnigstedt kommt. Man bemüht sich daher darum, dass der Samtgemeinde Mittel aus einer noch zu gründenden Stiftung im Umfang des einzusparenden Betrages zufließen. Im Gegenzug erwartet sie ein Mitspracherecht bei der Aufstellung des Schulbudgets, um dadurch auf die Betriebskosten Einfluss nehmen und eine ggf. Reduzierung des Drittmittelbedarfs erreichen zu können.
3. Der Nieders. Landesrechnungshof hat im Frühjahr 2012 einige Schulträger, so auch die Samtgemeinde Schöppenstedt, dahingehend untersucht, ob und ggf. in welcher Weise sie in ihrer Schulentwicklungsplanung auf den demografischen Wandel reagiert. In der Entwurfsfassung dazu wird u.a. ausgeführt, dass die Samtgemeinde gegen geltendes Haushaltsrecht verstößt, wenn sie weiterhin zwei Grundschulen betreibt, obwohl eine zentrale Beschulung an nur einem Standort möglich wäre und hierdurch Ausgaben eingespart werden könnten. Ein endgültiger Prüfungsbericht dazu liegt bisher jedoch nicht vor, so dass abzuwarten bleibt, ob die Endfassung diese Bewertung bestätigt. Wenn darüber hinaus die Kostenbelastung in dem beschriebenen Umfang reduziert werden kann, würde damit m.E. dem Haushaltsrecht Genüge getan.
4. Die untere Kommunalaufsichtsbehörde hat signalisiert, dass sie eine unter Nr. 2 beschriebene Zuwendung als vertragsgemäß hinsichtlich des Zukunftsvertrages ansehen würde.
5. Im Zuge des ebenfalls unter Nr. 2 beschriebenen Mitwirkungsrechts der Gemeinde ist von Mitgliedern des Gemeinderats vorgeschlagen worden, die bisherige Fremdreinigung durch ein Reinigungsunternehmen aufzugeben und die Reinigung wieder durch eigenes Personal durchzuführen. Einwänden der Verwaltung, dass auch die Vertretung bei Krankheit und Urlaub sicher gestellt werden müsse, ist mit dem Hinweis entgegnet worden, dass diese durch die beim Trägerverein des benachbarten Kindergartens eingestellte Reinigungskraft gewährleistet werden könne. Im Gegenzug könnte die Reinigungskraft der Grundschule auch die Vertretung für den Kindergarten übernehmen, so dass ggf. auf eine gegenseitige Kostenerstattung für die Vertretungstätigkeit verzichtet werden könnte.

Ein Personalvorschlag hierzu wurde bereits angekündigt.

Die Kosten der Fremdreinigung belaufen sich einschließlich sämtlicher Reinigungsmittel und -geräte auf ca. 16.000

€/Jahr. Die Anfangspersonalkosten für eine Reinigungskraft betragen nach der Ablösung des früheren Bundesmanteltarifvertrages für gemeindliche Arbeiter (BMT-G) durch den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) ca. 9.000 €/Jahr. Für Reinigungsmittel wird mit Kosten von rd. 500 €/Jahr gerechnet (zuz. der Kosten der Erstbeschaffung der erforderlichen Gerätschaften). Insgesamt ist somit von Minderkosten von mind. 4.000 - 5.000 €/Jahr auszugehen.

Mit der Einstellung einer Raumpflegerin erhöhen sich die Personalausgaben für die Samtgemeinde. Im Zukunftsvertrag haben sich beide Samtgemeinden zu einer Einsparsumme von 1,2 Mio. € verpflichtet. Die Personalmehrausgaben für die Reinigungskraft müssen daher an anderer, derzeit nicht benennbarer Stelle wieder ausgeglichen werden.

6. Durch einen Fortbestand der Grundschule Winnigstedt bleiben hierfür auch die sonstigen Schulträgeraufgaben bestehen, woraus sich ergibt, dass ein Minderaufwand in der allgemeinen Verwaltung nicht eintritt. Im Hinblick darauf, dass ausscheidendes Verwaltungspersonal bis auf weiteres nicht wieder besetzt werden soll, bleibt abzuwarten, ob der für die fusionierte Samtgemeinde beschlossene äußerst knappe Personalbestand für die Aufgabenerfüllung ausreichend bleiben wird.

Ruth Naumann

Ruth Naumann Hg

Anlagen: 1